



## Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg

E-Mail: [ggae@gmx.at](mailto:ggae@gmx.at) Web: [www.atomgegner.at](http://www.atomgegner.at)  
KONTAKT: Stiftgasse 8, 1070 Wien



[www.atomgegner.at](http://www.atomgegner.at)

Nr. 3 / Oktober 2023

[www.prodemokratie.com](http://www.prodemokratie.com)

# Fukushima ohne Ende – Dreck ins Meer schütten!

Schon in unserer Ausgabe vom Dezember 2019, als erstmals die Absicht öffentlich wurde 1,33 Millionen Kubikmeter radioaktiv kontaminiertes Wasser ins Meer zu leiten haben wir auf die damit einhergehenden Gefahren aufmerksam gemacht. Die Angst vor einem möglichen Imageschaden vor den Olympischen Spielen 2020 in Tokio hat damals eine Entscheidung der japanischen Regierung verhindert.

Nun wird **seit dem 22. August 2023** das in über 1.000 Behältern gelagerte radioaktive Abwasser, zu dem täglich mehr als 100 Kubikmeter in Form von eintretendem kontaminierten Grundwasser und Regen hinzukommen, in den Pazifik eingeleitet. Laut Angaben der Betreiber TEPCO wurden diesem Abwasser durch ein chemisches Aufbereitungsverfahren (Advanced Liquid Processing System) 62 weitere Radionuklide bis auf die geltenden Grenzwerte entzogen. Eine Entfernung von radioaktivem Tritium ist nach derzeitigem Stand der Technik technologisch und ökonomisch in dem hier nötigem Ausmaß nach Angaben des Betreibers nicht möglich. Tritium ist somit die Hauptkontamination des eingeleiteten Abwassers, welches über eine Leitung von einem Kilometer über einen Zeitraum von rund dreißig Jahren ins Meer geleitet werden soll. Die Abgabemenge an Tritium soll dabei dem Maximalwert entsprechen, der bei vollem Betrieb von Fukushima mit sechs Reaktoren vorgesehen war.

**Propaganda der Atomlobby:  
Alles ganz harmlos und unbedenklich für  
Umwelt und Nahrungskette!**

*„Selbst wenn Tritium über die Atmung oder Nahrungsmittel in den Körper gelänge, würde es dort anders als viele andere radioaktive Stoffe nicht gespeichert, sondern mit einer biologischen Halbwertszeit von 7 bis 14 Tagen ausgeschieden.*

*Seine Radiotoxizität, das Maß für die gesundheitsschädlichen Auswirkungen von ionisierender Strahlung, sei daher als deutlich geringer einzuschätzen als beispielsweise die von Cäsium-137, Iod-131 oder Strontium-90.“*

Ganz perfide ist der Hinweis, dass ja ohnehin „nur“ das jährlich eingeleitet würde, was beim Vollbetrieb auch anfallen würde und das „**sei eine sichere Methode, da sie auch bei normalen Atomreaktoren angewandt werde**“.

Oft würden diese noch höhere Mengen an Tritium ausstoßen. Die britische Wiederaufbereitungsanlage in Sellafield und die französische in La Hague sind überhaupt Spitzenreiter unter den Dreckschleudern ([Recherchen des japanischen Instituts METI](#)).

Den Plänen Japans hat auch die Internationale Atomenergieagentur (IAEA) zugestimmt. Japan erfülle die internationalen Sicherheitsstandards. Die Auswirkungen auf Mensch und Umwelt seien „vernachlässigbar“, so die IAEA. Als ob ein Verbrechen, wenn es auch von anderen verübt wird, seinen kriminellen Charakter verlieren würde.



## Die Fakten ergeben ein dramatischeres Bild!

Wie schon 2019 ausgeführt, hat damals Japans autoritäre Regierung von Shinzo Abe den Informationsfluss von Fukushima zum Staatsgeheimnis erklärt und es gelangte nur wenig in die Öffentlichkeit. Bislang hieß es stets, das Wasser sei nur noch mit Tritium kontaminiert, alle anderen radioaktiven Substanzen seien herausgefiltert. TEPCO musste jedoch einräumen, dass das Filtersystem ALPS (Advanced Liquid Processing System) auch Jod 129 nicht herausfiltert, das immerhin eine Halbwertszeit von über 15 Millionen Jahren hat. Nach Messungen ist der Liter mit 62,2 Becquerel belastet, der Grenzwert in Japan liegt bei 9 Becquerel. Überdies wurde Ruthenium 106 mit 92,5 Becquerel pro Liter (der Grenzwert liegt bei 100) und Technetium mit 59 Becquerel (Grenzwert liegt bei 1000) entdeckt. Möglicherweise soll dieses Problem durch Verdünnung mit Meerwasser vor dem Einleiten oder durch Anpassung der Grenzwerte gelöst werden. Aber auch wenn das Wasser „nur“ mit Tritium belastet wäre, würde das Einleiten eine gewaltige radioaktive Belastung bedeuten. Das Tritium liegt nämlich als „HTO“ vor, welches sich wie „normales“ Wasser  $H_2O$  verhält, nur dass ein Wasserstoffatom durch das radioaktive Tritium ersetzt ist. Wasser ist aber bekanntlich die Basis für unser Leben auf dem Planeten Erde (~ 60% unseres Körpergewichts). Das heißt hier wird nicht ein radioaktiver Fremdstoff ins biologische Lösungsmittel Wasser eingeleitet, sondern hier wird das Lösungsmittel selbst verändert. Seine weltweite Verteilung passiert über das zirkulierende Wasser und es greift somit unmittelbar in unsere Biosphäre ein und kann hier, da es in der Natur praktisch nicht vorkommt, durch seinen radioaktiven Zerfall nur Schaden anrichten. Schon vor 50 Jahren, zur Hochblüte der falschen Hoffnungen auf die Atomenergie hat das Kernforschungszentrum Jülich festgehalten, dass es als Beta( $\beta$ )-Strahler mit einer Halbwertszeit von etwa 12 Jahren „als relativ wenig radiotoxisch gilt, aber als Wasserstoffisotop leicht von Organismen aufgenommen wird und diese mit seiner Strahlung belastet“.

Als HTO vorliegendes Tritium wird es über die Atmung, über die Ernährung sowie auch direkt durch die Haut in den menschlichen Körper aufgenommen. Als recht oberflächliche Angabe über die Verweildauer im Körper wird in der Literatur gerne eine biologische Halbwertszeit von ~ 12 Tagen angegeben. Jedoch dringt HTO über den biologischen Stoffwechsel auch viel tiefer in den Körper ein und bindet sich hier an zahlreiche Biochemikalien, die auch für die Nukleinsäuren und damit die Genetik Bedeutung haben. Für das gefährliche, in organische Moleküle des Stoffwechsels eingebaute Tritium wurden aber Eliminationshalbwertszeiten von **300 bis zu 2000 Tagen** gefunden. Also ausreichend Zeit, um beträchtlichen Schaden anzurichten. Das derzeit in

der Biosphäre vorhandene Tritium stammt von Kernwaffenversuchen oder von kerntechnischen Anlagen und wird sowohl im Abwasser als auch mit der Abluft in die Umgebung abgegeben. Dort wird es mit dem zirkulierenden Wasser vermischt. Im gleichen Jülichpapier aus 1972 wird auch eindringlich darauf hingewiesen, dass bei der Realisierung von Fusionsreaktoren 40.000-mal so viel Tritium in Umlauf kommt als bei den bisher zu 90% verwendeten Leichtwasserreaktoren und 100 mal so viel wie bei Schwerwasserreaktoren. Die Verdünnung von Tritium, das in die Umwelt freigesetzt worden ist, ist – entsprechend dem Wasserkreislauf – ein sehr komplizierter Vorgang und kann kaum mit Modellen prognostiziert werden. Die durchaus sehr „kernfreundlichen“ Techniker in Jülich schlugen daher zum Schutz der Biosphäre schon vor 50 Jahren vor: *„Nach einer Dekontamination von anderen Radionukliden bietet sich die Endlagerung in Schluckbrunnen als Möglichkeit an, einen wesentlichen Teil der produzierten Tritiummenge aus dem Wasserkreislauf der Umwelt fernzuhalten.“* Die Realisierung der seit damals immer für die nächsten zehn Jahre angekündigten Fusionsreaktoren wird „glücklicherweise“ immer wieder auf weitere zehn Jahre hinausgeschoben. Aber nun springt Japan mit Fukushima in die Presse und pumpt mangels möglicher Schluckbrunnen (Japan = Erdbebeninsel) die entsprechenden Tritiummengen in den Pazifik. Es verteilt sich zwar letztendlich irgendwann, wie in den japanischen Verdünnungsberechnungen angeführt, auf die Gesamtwassermenge unseres blauen Planeten, aber in erster Linie versaut es den Pazifik (ist ja auch sonst schon schlimm genug).



*In einer weiteren Folge werden wir aufzeigen, warum außer den Fischern der Region und einigen Pazifikanrainern von internationaler Seite, wie UNO, WHO, FAO und EU diesem Skandal nicht energisch entgegen wird und nur die IAEA als Schutzpatron der Atomindustrie zu Wort kommt.*

# Ukraine-Krieg: Kampf um unsere Werte?

Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission:

**„Die Ukraine verteidigt beeindruckend unsere europäischen Werte!“ Deshalb soll die Ukraine EU-Mitglied werden. Die Präsidentin fügte hinzu: „Die Ukraine verdient diesen Status, denn sie ist bereit, für den europäischen Traum zu sterben.“**

(Fußnote 1)

**Nein, es geht nicht um unsere Werte, nicht um Menschenrechte, nicht um Freiheit. Es geht dem großen Kapital um Russland, um seine Rohstoffquellen und Einflussphären. Dafür sollen die Menschen wieder in den Krieg ziehen und bereit sein zu sterben!**

\*

## **Wir lehnen den Krieg Russlands gegen die Ukraine entschieden ab!**

Dieser Krieg, der unsägliches Leid, Verletzte, Tote und Zerstörung verursacht, ist sofort zu stoppen, Dieser Krieg Russlands gegen die Ukraine ist gleichzeitig ein Krieg zwischen den USA, dem privatkapitalistischen Staat mit seinen Dollar-Milliardären samt einem Militärbudget von ca. 1000 Milliarden Dollar pro Jahr und ca. 800 Militärstützpunkten auf der ganzen Welt und Russland, dem staatskapitalistischen Staat mit seinen Oligarchen-Milliardären mit einem Jahresmilitärbudget von 60 Milliarden Dollar und ca. 25 Militärstützpunkten in neun ehemaligen Sowjetrepubliken und einem in Syrien. Hier steht Russland den USA gegenüber, die die Ukraine finanzieren und vor allem militärisch aufrüsten. Die USA planen seit Gründung der NATO 1949, zunächst die Sowjetunion, danach Russland zu schwächen. Sie haben unter anderem Tschechien, Polen, Ungarn, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien und jüngst auch Finnland in die NATO aufgenommen und damit Russland von Europa fast isoliert. Nach dem Ende der Sowjetunion und der darauf folgenden starken Privatisierung, die der erste Präsident Russlands, Jelzin (1991-1999), forcierte, kam am 1. Januar 2000 Putin an die Macht, der der Privatisierung Grenzen setzte und dafür ein staatskapitalistisches Oligarchensystem ausbaute.

Die USA streben, auch unter Nutzung der Ukraine, einen Regime-Sturz Putins an. Letztlich wollen sie sich die kontinentale Landmasse Russlands mit seinen riesigen Boden-, Süßwasser-, Erdöl- und Erdgasschätzen) aneignen. Ihr Ziel ist, die Entstehung von einem oder mehreren privatkapitalistische Staaten auf dem jetzigen Territorium Russlands

voranzutreiben, um so über große privatwirtschaftliche Konzerne und ihnen willige Politiker dieses riesige Gebiet auszubeuten und ihren geostrategischen Interessen unterzuordnen (siehe: [https://de.wikipedia.org/wiki/Zbigniew\\_Brzeziński#Die\\_einzige\\_Weltmacht\\_1997](https://de.wikipedia.org/wiki/Zbigniew_Brzeziński#Die_einzige_Weltmacht_1997)) Die Ukraine dient unter anderen diesen Plänen.

## **Militärische Anbindung der Ukraine an die USA**

Seit den 1990er Jahren trainieren die USA Teile der ukrainischen Streitkräfte in Hinblick auf einen Krieg gegen Russland. Sie haben in der Ukraine 2014 einen lange geplanten Putsch inszeniert, um dort eine ihnen genehme Regierung zu installieren. Und sie haben 2019 die RAND-Cooperation beauftragt, eine Strategie auszuarbeiten, die Putin zu einer Invasion in der Ukraine veranlassen könnte ([https://www.rand.org/pubs/research\\_briefs/RB10014.html](https://www.rand.org/pubs/research_briefs/RB10014.html)).

*„Die USA haben auch seit Jahren die Ausbildung und Ausstattung des Asow-Regiments betrieben, bekannt für seinen Rechtsextremismus und bekennende Neonazis. 2016 hatte der US-Kongress bereits eine Resolution verabschiedet, nach der das US-Militär die Neonazi-Organisation weder trainieren noch unterstützen oder mit Waffen versorgen darf. Das Pentagon erreichte allerdings, dass die Resolution aus dem Pentagon-Budget-Gesetz wieder entfernt wurde“* (Telepolis, 2.11.2019). Das Asow-Regiment ist nun offizieller Teil der ukrainischen Nationalgarde, mit geschätzt 5.000 Mann. Im Ukraine-Krieg geht es nicht um „unsere Werte“, um Menschenrechte, um Demokratie, um Freiheit, wie in unseren Medien seit Kriegsbeginn getrommelt wird. Es geht den USA um Russland, um noch mehr Profite für die Riesenkonzerne. Die EU unter Führung Deutschlands machen dabei mit.

Die Ukraine ist schon 1994 der „NATO-Partnerschaft für den Frieden“ beigetreten. Das ukrainische Militär nahm seit 1997 regelmäßig an NATO-Manövern im Schwarzen Meer teil und seit 2007 regelmäßig an der NATO-Operation Active Endeavor, die der Kontrolle des Mittelmeers dient. Die Ukraine hatte Pro-Kopf schon vor dem Ukraine-Krieg das größte Militärbudget aller Staaten. (2021 5,9% des Bruttonationalproduktes =BIP). Nach dem Putsch 2014 haben das ukrainische Militär und

rechtsextreme Truppen in den Provinzen Donezk und Lugansk bis Februar 2022, dem Beginn des russischen Kriegs, laut OECD ca. 14.000 Menschen getötet.

### **Wirtschaftlicher Ausverkauf der Ukraine**

Die Herrschenden in der Ukraine beschlossen 1992, ein Jahr nach der Staatsgründung, dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und 2004 der Welthandelsorganisation (WTO), d.h. den Kommandozentralen des internationalen Kapitals beizutreten. Bedingungen dafür waren: Freigabe der Preise und des Wechselkurses, Öffnung für ausländisches Kapital, Liberalisierung, Privatisierung, Deregulierung. Von ca. 500.000 Betrieben wurde die Hälfte geschlossen, die andere Hälfte von ausländischen Konzernen und inländischen Oligarchen gekauft. Vor allem große EU- und US-Konzerne kauften sich in der Ukraine, dem Niedrigst-Lohn-Staat von Europa, ein.

Sehr gut fürs Geschäft der Reichen, schlecht für die große Mehrheit der Bevölkerung. Das Bruttonationalprodukt (BIP) sank von 1991 bis 2013 um 30%, die Stromproduktion um 35%, die Stahlproduktion um 57% usw.

Nach dem Putsch 2014 stellte die Ukraine den Handel mit Russland ein. Die Industrie war seit damals noch mehr der Konkurrenz des EU-Kapitals ausgesetzt und somit noch weniger konkurrenzfähig. Die Ukraine wurde praktisch deindustrialisiert, es blieb vorwiegend die Landwirtschaft. Auf Verlangen der EU schloss der Staat 2014 auch das EU-Ukraine Assoziierungsabkommen ab. Die Bedingungen waren: Freie Marktwirtschaft, Abschaffung der Schutzzölle und nichttarifären Handelshemmnisse, Abbau staatlicher Subventionen, Liberalisierung des Kapitalverkehrs.

Die wirtschaftliche Lage für die Bevölkerung verschlechterte sich noch weiter. 2014 lebten 15% der Bevölkerung an der Armutsgrenze. 2018 waren es schon 25% (Weltbank). Und der IWF stellte fest: *„Die Ukraine gehört zu den 18 Ländern auf der Welt, deren Wirtschaftsleistung während der Periode von 1990 bis 2017 zurückgegangen ist, sie liegt auf dem fünftletzten Platz.“* Der Mindeststundenlohn betrug 2021 nur 1,21 Euro, das ist weniger als in Bangladesch und anderen asiatischen Staaten. Deshalb lassen auch viele Weltkonzerne aus EU-Staaten und den USA, z.B. aus der Textil-, Leder-, Autozubehör- oder der Pharmabranche, in der Ukraine produzieren, wo es u.a. kaum Arbeitsaufsicht durch den Staat gibt und systemisches Arbeitsunrecht herrscht.

### **Gesundheit**

2020 lebten 45% der Bevölkerung der Ukraine unter der Armutsgrenze. *„Die ärmste Bevölkerung ist auch die kränkste in Europa. Die Ukraine steht an erster Stelle der Todesfälle wegen Mangelernährung.“* Laut einer WHO-Studie ist dort die Herz-

Kreislauf Todesrate auf Grund von Ernährungsrisiko am höchsten von 51 untersuchten Staaten (Unsere europäischen Werte: 1,21 Euro Mindestlohn in der Ukraine – <https://www.nachdenkseiten.de/?p=86079>).

Das Gesundheitswesen ist chronisch unterfinanziert. 2020 drohten Massenentlassungen für 50.000 Angestellte im Gesundheitswesen bzw. Schließung von Krankenhäusern. Dazu der ukrainische Gesundheitsminister: *„Das ist ein Abbau ... Abbau medizinischer Mitarbeiter ... in zwei bis drei Jahren bekommen wir eine Erhöhung der Tuberkulose-Rate um 30% ... eine erhöhte Sterblichkeit durch Tuberkulose“* (Nowoje Wremja, 25.4.2020).

### **Die Pensionen in der Ukraine**

Die Durchschnittspension betrug 2013, vor dem Maidan-Putsch, noch 140 Euro, der höchste Wert bisher in der Ukraine. Seit 2017 beträgt die Durchschnittspension 55 Euro. Immer mehr Pensionist:innen müssen weiterarbeiten. (<https://www.laenderanalysen.de/ukraine-analysen/200/aktuelle-sozialdaten/> Nr. 200, 27.04.2018) 2018 betrug die Mindestrente 40 Euro.

### **Die Lage der Arbeiter und Angestellten in der Ukraine**

Das Arbeitsgesetz vom Dezember 2019 ist Zeichen eines weiter verstärkten Arbeitsunrechts:

Es enthält u.a. Arbeit auf Abruf; Entlassungen müssen nicht mehr begründet werden; extreme Verbilligung von Überstunden (statt 100% Zuschlag nur mehr 20% Zuschlag); Abschaffung der Kollektivverträge – es gelten nur mehr Individualverträge; in Unternehmen mit unter 250 Beschäftigten, das sind über 95 Prozent der Unternehmen, sind keine Tarifverhandlungen erforderlich. Davon profitieren vor allem staatliche Unternehmen und u.a. Agrar-, sowie Nahrungsmittel- und Tabakkonzerne wie z.B. Nestle und Philipp Morris. Außerdem plant Selenskyj die Gewerkschaften zu enteignen, ihr Vermögen soll eingezogen werden. Sie haben aus sowjetischer Zeit noch wertvolle Grundstücke und Gewerkschaftshäuser und zwar in den Zentren der Städte. Hunderttausende Ukrainer protestierten gegen das neue Gesetz – darüber berichtete keine westlichen Medien. In einem gemeinsamen Brief vom 9. September 2021 haben die Internationale Gewerkschafts-Föderation und die Europäische Gewerkschafts-Föderation – ITUC, CSI, IGB – die ukrainische Regierung und das mit der Integration der Ukraine beauftragte EU-Komitee darauf hingewiesen: Die Ukraine verletzt mit dem neuen Arbeitsgesetz nicht nur alle Arbeitsrechte der UNO und der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, sondern auch die niedrigen Standards der EU. Selenskyj hat darauf nicht reagiert (Sharan Burrow/ITUC and Luca Visentini/ETUC: Letter to Mr. Volodymyr Zelenskyy and others, Brussels 9. September 2021, [p.mquinfo.dp.ua/images/photos/news/09\\_2021/original\\_lista.pdf](https://p.mquinfo.dp.ua/images/photos/news/09_2021/original_lista.pdf)).

## Enteignung und Verarmung der Bauern

Nach der Selbstständigkeit bekamen die etwa sieben Millionen Bauern aus ihren Kollektivfarmen im Durchschnitt etwa vier Hektar Land als Eigentum zugeteilt. Das ist zu wenig, um eine eigenständige Landwirtschaft zu betreiben. Deshalb verpachteten die Bauern bisher ihr kleines Land an in- und ausländische Oligarchen für eine niedrige Pachtgebühr, gegenwärtig im Durchschnitt für 150 Dollar pro Jahr, 2008 waren es 80 Dollar. (Unsere europäischen Werte: 1,21 Euro Mindestlohn in der Ukraine: <https://www.nachdenkenseiten.de/?p=86079>)

Die ukrainischen Oligarchen kauften 100.000te Hektar Land zusammen, ausländische Konzerne pachteten das Agrarland. Später hat wohl der Ausverkauf an ukrainischem Boden weiter zugenommen. Das Oakland-Institut schreibt, dass bis 2020 ca. 6 Millionen Hektar Ackerboden an in- und ausländische Konzerne verkauft wurde.

(<https://www.oaklandinstitute.org/blog/who-really-benefits-creation-land-market-ukraine>)

2023 waren es dann schon 9 Millionen Hektar.

<https://www.oaklandinstitute.org/country/ukraine>

Und das obwohl der Verkauf an ausländische Konzerne bis heute offiziell verboten ist.

## Ausverkaufspolitik und Schuldendiktat

Die Ausverkaufspolitik an in- und ausländische Firmen brachte mit sich, dass die Bewohner der Ukraine zum Großteil zu wenig Einkommen hatten, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Ein Teil der Bürger wanderte deshalb aus. Die Einwohnerzahl der Ukraine schrumpfte von 52 Millionen 1990 auf 46 Millionen 2020. Dazu kommt, dass heute weitere 8 Millionen Ukrainer ständig im Ausland arbeiten, sie sind billige Arbeitskräfte für die westlichen Firmen. Das BIP der Ukraine beträgt offiziell 7.500 Dollar pro Kopf im Jahr, das ist der 140. Platz in der Welt.

Zu der Entwicklung der Ukraine sagte der Aufsichtsratsvorsitzende der ukrainischen Nationalbank 2020 unter anderem: „In 13 aufeinander folgenden Jahren war eine negative Handelsbilanz zu beobachten ... Wir rutschen in eine Entwicklung zum Agrarstaat hinein, der a priori in Schulden versinkt und seine internationale Rolle verliert“. (UNIAN, 17.1.20) „ ... Und ein Agrarstaat kann nicht allen Ukrainern Arbeit sichern. Er braucht so viel Bevölkerung nicht! Deshalb wird die Situation mit der Emigration von Jahr zu Jahr schlimmer. Die Ukraine wird eine Bevölkerung von nicht mehr als 15-20 Millionen ernähren können. D.h. jeder Zweite wird im Ausland Arbeit suchen müssen“. (strana.ua, 24.4.20). Welcher Zynismus des Bankchefs – er sagt seinen Landsleuten: Leute, wandert aus. Das ist eine Katastrophe für die Masse der ukrainischen Bevölkerung, aber gut für die westlichen Kapitalisten in ihrer Gier nach billigen Arbeitskräften.

Die Schulden des ukrainischen Staates wuchsen immer weiter. Der IWF, dessen Kredite allein noch

den Staatsbankrott verhinderten, stellte der Selenskyj-Regierung nun 2020 ein Ultimatum: Um weiterhin Schuldendeckung zu erhalten, musste die Ukraine zwei Gesetze verabschieden, wollte sie weiterhin Geld bekommen oder sie würde den Staatsbankrott riskieren. Das eine Gesetz war das Bankengesetz, das andere die Landreform. Dieses Gesetz (Gesetz Nr. 552-IX) wird hier behandelt.

## Landreform

Die Landreform bedeutete Umwandlung von Grund und Boden in echtes Eigentum. Der größte Teil (über 70%) des wertvollen Ackerbodens in der Ukraine (ca. 41 Millionen Hektar) gehört trotz all den großen Käufen der Oligarchen immer noch einem staatlichen Bodenfond, d.h. dieser Boden war bisher nur zu pachten nicht aber zu kaufen. Das Gesetz lautete in der ersten Phase: Ab 1.1.2021 können Bauern ihr Land verkaufen. Für den Landkauf gilt eine Obergrenze von 100 Hektar pro Käufer. Es ist nur ukrainischen Bürgern gestattet, Land zu besitzen. Zweite Phase der Gesetzesreform gültig ab 1.1.2024: Auch Kapitalgesellschaften ist es erlaubt, Land zu kaufen. Obergrenze: 10.000 Hektar. Das Gesetz verbietet zwar noch Verkäufe an Ausländer bzw. an Gesellschaften mit ausländischen Anteilseignern (Bundeszentrale f. Politische Bildung = bpb 11.12. 2020). Doch Ukrainer, die als Strohmann für ausländische Multis fungieren, werden sich wohl finden. Aber Selenskyj plant ohnehin als einen nächsten Schritt ein **Referendum**, dass der Handel mit Ackerboden offiziell zugelassen wird. Wenn große ausländische Agrarkonzerne Ackerboden in der Ukraine kaufen können, dann ist das selbst für die ukrainischen Agraroligarchen, erst recht für mittlere und kleine Bauern, eine übermächtige Konkurrenz. Landarbeiter werden dadurch in Zukunft in großer Zahl arbeitslos werden.

Gegen das Gesetz erhob sich in der Ukraine ziemlicher Widerstand. Selenskyj fand dafür selbst in seiner Partei keine Mehrheit, boxt das Gesetz letztlich 2020 im Parlament mit Hilfe der Partei Poroschenkos durch, einem Politiker, den er davor noch der Korruption und des Vaterlandsverrats bezichtigt hatte. Das Gesetz trat dann ab 1.1. 2021 in Kraft!

## Korrupt und bankrott

Selenskyj ist seit 2019 Präsident eines korrupten und bankrotten Staates, ein Präsident der sich wie sehr viele Regierungen völlig dem Finanzkapital unterordnet. Schon die meisten Regierungen der Ukraine von 1990 bis 2021 haben nur gegen ihr Volk regiert und für die Reichen. Seit dem Krieg Russlands versucht Selenskyj Putin für alles, was in der Ukraine nicht funktioniert, verantwortlich zu machen. Der ukrainische Staat ist schon seit Jahren, schon lange vor dem Krieg pleite, kann die Schulden nie mehr zurückzahlen. Jeden Tag begibt sich Selenskyj in noch mehr ausländische, westliche Abhängigkeit, obwohl er täglich behauptet,

sich für die Selbstständigkeit der Ukraine einzusetzen.

### **Die Opfer sind die Menschen**

Die Leidtragenden und die Opfer sind die Soldaten und die Zivilbevölkerung. Die Zeche des Ukrainekrieges zahlen auch alle Menschen im Westen nicht nur durch die weitere Sanktionspolitik und die Aufrüstung der Ukraine, sondern auch durch die eigene Aufrüstung und Militarisierung der jeweiligen Länder in Europa im Windschatten und im Namen des Ukraine-Krieges. Die USA/NATO und die EU-Staaten finanzieren die Ukraine in diesem Krieg und sie rüsten sie mit 100en Milliarden Dollar bzw. Euro auf. Gleichzeitig rüsten ein Teil der EU-Staaten ebenfalls für eigene Zwecke enorm auf. Fürs Militär werden Milliarden Euros zur Verfügung gestellt während sonst meist überall gespart wird. In Deutschland gibt es gleich einmal 100 Milliarden Sonderbudget fürs Militär. Im neutralen Österreich erhält das Bundesheer bis 2032 16 Milliarden, mehr Geld als je zuvor. Es wird für den Krieg gerüstet. Täglich werden wir belogen, dass uns Putin bedroht, täglich heißt es, wir sind nicht mehr sicher. Das stimmt, wir sind nicht mehr sicher: weder vor unserer eigenen Regierung noch vor den anderen Parteien. Denn sie alle sind es, die uns in einen neuen großen Krieg hetzen wollen, sie alle stimmen in das Geheul, in die Angstmache ein. Es werden Bedrohungsszenarien erfunden, damit wir möglichst ohne Widerstand all die Teuerung, Lebensmittelpreise oder Mietpreiswucher usw. und den weiteren Ausverkauf der Neutralität hinnehmen, z.B. durch die Teilnahme an der von EU/NATO/Deutschland vorangetriebenen Sky-

Shield-Raketensystem (siehe dazu eigenen Beitrag). Im Gesundheitssystem, bei der Kinderbetreuung, bei den Schulen, bei den Unis usw., überall wird gespart. Beim Militärbudget, bei der Polizei, bei der „Sicherheit“, da geht das von uns durch unser aller Arbeit erwirtschaftete Geld hin. Wir sollen weiter Steuern zahlen, alle Belastungen hinnehmen bzw. auch willig in einen neuen Krieg marschieren.

**Es geht beim Ukraine-Krieg weder um Menschenrechte noch um Freiheit – im Gegenteil! Diese Werte werden dazu missbraucht, um uns in der tagtäglichen Propaganda auf einen Krieg gegen Russland, einen Krieg gegen China vorzubereiten.**

**Wir Österreicher:nnen dürfen da nicht mitmachen, sondern müssen als Bewohner eines neutralen Staates dieser Kriegshetze entschieden entgegentreten und die Regierung dazu bringen, die verfassungsmäßige Neutralität zu vertreten und einzuhalten.**

**Ja zur Neutralität!**

**Friedensverhandlungen statt Krieg!**

Fußnote 1: Quelle des Zitates

[https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-kommissionsprasidentin-von-der-leyen-ukraine-verteidigt-beeindruckend-unsere-werte-2022-05-20\\_de](https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-kommissionsprasidentin-von-der-leyen-ukraine-verteidigt-beeindruckend-unsere-werte-2022-05-20_de) – Und es sei beeindruckend, „wie sie unsere Werte verteidigen, mit allem, was sie haben, bis zu ihrem Leben“ (FAZ 17.5. 2022).

---

# **Das Letzte**

## **Das Gebet um Waffen fand Erfüllung!**



Das dänische Parlament hat die Aufhebung eines kirchlichen Feiertags beschlossen, den es bereits seit dem 17. Jahrhundert gibt. Der zusätzliche

Werktag soll Regierungsrechnungen zufolge etwa zusätzliche drei Milliarden dänische Kronen (etwa 400 Millionen Euro) in die Staatskasse spülen. Diese Einnahmen werden zweckgebunden für die Erhöhung der Wehretats, um rascher das Ziel zu erreichen, zumindest 2 Prozent des BIPs fürs Militär auszugeben. Wenn man bedenkt, dass das protestantische Dänemark ohnehin recht knapp mit kirchlichen Feiertagen gesegnet ist, dann kann man sich ausdenken, welche vor Freude glühende Wangen bei unseren Waffenenthusiasten, vom Bundespräsidenten abwärts bis zur Frau Tanner, entstanden sind, wenn sie unsere zahlreichen katholischen Feiertage in Panzer, Flugzeuge und Haubitzen umrechnen ...

\*

# Teilnahme am EU/NATO-Sky Shield gefährdet die Sicherheit und Neutralität Österreichs

**Sky Shield ist nicht, wie von Österreichs Regierung behauptet, ein mit der Neutralität Österreichs vereinbares EU-Vorhaben. Im Gegenteil: es ist ein vom NATO-Land Deutschland initiiertes, NATO-Raketensystem von EU-Staaten, das mit der Neutralität Österreichs absolut nicht vereinbar ist. Sie reden von Neutralität und reihen Österreich immer mehr in USA/EU/NATO-Militärbündnisse und deren Aufrüstungs- und Kriegspläne ein.**

Wohl nicht zufällig macht das NATO-skeptische NATO-Land Frankreich dabei nicht mit! Aber das neutrale Österreich schon? Da NATO-Deutschland bei diesem angeblichen „europäischen Sky Shield“ federführend ist, bedeutet eine Teilnahme Österreichs daran einen neuerlichen militärischen Anschluss an Deutschland! Das ist klipp und klar neutralitätswidrig und gefährdet die Sicherheit Österreichs mehr als ein sogenanntes „Himmels-Schutzschild“! Von Anfang an war klar, dass es sich bei diesem Sky Shield-Projekt um ein NATO-Vorha-

ben handelt. Als dieses vom NATO-Land Deutschland geführte Vorhaben erstmals bekannt wurde, hat Österreichs Verteidigungsministerin Klaudia Tanner gesagt, dass man erst schauen müsse, ob das nicht irgendwie als EU-Projekt dargestellt werden könne, sodass Österreich sich daran beteiligen könne.

Deshalb wird jetzt nur mehr von einem EU-Projekt geredet, an dem aber nicht einmal „die EU“ als Ganzes beteiligt ist.

## **Sky Shield ist kein Abwehrsystem, sondern ein Teil des USA/NATO-Atom-Erstschlagsystems gegen Russland.**

**Es soll dazu dienen, einen atomaren Erstschlag gegen Russland sicherzustellen. Russland soll damit gelähmt, eine Rückschlagskapazität Russlands so unmöglich gemacht werden.**

**Westliche, z.B. kanadische Autoren, trauen den USA aufgrund der US-„Präventivstrategie“ zu, sogar einen dritten Weltkrieg zu riskieren.** (Quelle: FOCUS online: Atomarer Erstschlag als Option? Experten warnen: Die US-Präventivstrategie führt zu einem dritten Weltkrieg.

[https://www.focus.de/politik/ausland/atomarer-erstschlag-als-option-experten-warnen-die-us-praeventivstrategie-fuehrt-zu-einem-dritten-weltkrieg\\_id\\_4795479.html](https://www.focus.de/politik/ausland/atomarer-erstschlag-als-option-experten-warnen-die-us-praeventivstrategie-fuehrt-zu-einem-dritten-weltkrieg_id_4795479.html))

**Aktuell bedeutet das, mit Hilfe von Sky Shield einen Atomkrieg gegen Russland zu riskieren. Sky Shield ist das Vorhaben, vom kalten Krieg wegzukommen und einen heißen Weltkrieg „führbar“ zu machen. Welche Ungeheuerlichkeit!**

## **ÖVP und Grüne unterlaufen mit Sky Shield die Neutralität und ziehen Österreich in künftige Kriege hinein**

Unter der der Öffentlichkeit verkauften harmlosen Bezeichnung einer „Einkaufsgemeinschaft“ plant Verteidigungsministerin Tanner, mit Deutschland gemeinsam das Raketenabwehrsystem Iris-T-SLM (Infra Red Imaging System Tail Surface Launched Medium Range) der deutschen Rüstungsfirma Diehl Defence anzuschaffen. Für vier Kurzstrecken und vier Langstreckensysteme sind 2 Mrd. Euro vorgesehen. Aber noch mehr: **Tanner will Österreich von Deutschland „mitschützen“ lassen.** Ab einer gewissen Höhe soll Deutschland auch den österreichischen Luftraum mit weitreichenden Waffensystemen wie Arrow 3 verteidigen. Soll Österreich wieder unter Mithilfe österreichischer Wasserträger von Tanner bis zum Kanzler „am deutschen Wesen genesen“? Nein!

**Für Österreich muss es so oder so heißen: Egal, ob Deutschland-, EU- oder NATO-Projekt, eine**

**Teilnahme widerspricht der immerwährenden Neutralität Österreichs grundsätzlich,** die eine Teilnahme an Militärbündnissen verbietet. Und Sky Shield ist ein militärisches Bündnis für eine EU/NATO-Raketenabwehr im Rahmen des NATO-Militärbündnisses.

Machen das Österreichs Verantwortliche entgegen die in der Verfassung verankerte immerwährende Neutralität, ziehen sie unser Land erst recht in Konflikte und Kriege hinein und gefährden erst dadurch die Sicherheit der Bevölkerung, machen dadurch Österreich erst recht zum Angriffsziel. Das hatten wir schon und wollen es nicht wieder haben.

Je waghalsiger und ungeheuerlicher die Neutralitätsverletzungen der Regierung werden, umso lauter schreien sie, dass das alles mit der Neutralität vereinbar sei oder gar dem „Schutz der Neutralität“ diene. So will man ablenken und erreichen, dass möglichst kein breiter, außerparlamentarischer Widerstand gegen den Ausverkauf der Neutralität, gegen Militarisierung und Krieg entsteht und stattfindet.

Nur weil auch die Regierung der Schweiz eine Absichtserklärung zur Teilnahme an Sky Shield abgegeben hat, ist das ganz und gar kein Beweis dafür, dass eine Sky Shield-Teilnahme mit der Neutralität Österreichs vereinbar wäre, wie Kanzler Nehammer und Ministerin Tanner behaupten. Das Vorgehen der Schweizer Regierung bedeutet nur, dass auch in der Schweiz die dort Verantwortlichen gegenüber ihrer eigenen Bevölkerung ebenso wie die österreichischen Verantwortlichen gegenüber der österreichischen Bevölkerung Neutralitätsbruch betreiben.

### **Die Lüge von der EU-Beistandsverpflichtung Österreichs**

Absichtlich falsch behauptet wird in diesem Zusammenhang, dass Österreich als EU-Land wegen der „EU-Beistandsverpflichtung“ an solchen „EU-Maßnahmen“ teilnehmen müsse. Das entspricht nicht den Tatsachen: Österreich hat beim EU-Beitritt einen Neutralitätsvorbehalt unterschrieben („Irische Klausel“), der sich in allen einschlägig dazugehörigen Paragraphen wiederfindet.

**Es gibt kein Muss!** Österreichs Verantwortliche wollen die Neutralität missachten und letztlich abschaffen. Das ist Verfassungsbruch, denn die Neutralität steht im Verfassungsrang. Zudem sind insbesondere seit dem Ukrainekrieg 90 Prozent der Österreicher:innen für die Beibehaltung der Neutralität, d.h. gegen eine Teilnahme an Militärbündnissen, Kriegsvorbereitungen und Kriegen.

Österreichs Neutralität ist nicht überholt – gerade in Kriegszeiten. In Friedenszeiten neutral zu sein, ist keine Kunst. Die Neutralität jetzt noch mehr auszuhöheln oder aufzugeben ist wie die Feuerwehr im Brandfall nicht ausrücken zu lassen oder sie gar abzuschaffen.

Die Neutralität ist die Lehre aus zwei Weltkriegen, sich nie wieder in Großmachtkonflikte hineinziehen zu lassen, sich nie wieder an Konflikten und Kriegen zu beteiligen. Neutralität heißt, gegen die Kriegstreiber in Ost und West aufzutreten und sich unter keinen Umständen Militärbündnissen an- oder einzugliedern.

### **FPÖ: Neutralitätsheuchler**

Wenn sich die FPÖ zuletzt immer wieder als „Verteidiger der Neutralität“ aufspielt ist das nicht glaubwürdig und ein Spiel mit verteilten Rollen zwischen Regierenden und „Opposition“. Erstens war die FPÖ 1955 bei Erklärung der immerwährenden Neutralität gegen die Neutralität Österreichs, unter Schwarz-Blau mit ÖVP-Kanzler Schüssel in den 2000er Jahren für den NATO-Beitritt Österreichs und unter Türkis-Blau mit Kurz für die EU-Aufrüstung (PESCO). Ebenso trat FPÖ-Strache 2017 für eine EU-Armee mit Atombewaffnung ein (Presse, 26.2.2017). Zweitens beteiligt sich die FPÖ am üblen Spiel der Herrschenden mit

verteilten Rollen zum Schaden Österreichs. So wird von den Regierenden und den Medien die FPÖ als die einzige „Neutralitäts-Partei“ hingestellt. Damit soll die Neutralität und alle, die die Neutralität befürworten, ins rechte Eck gestellt und die Neutralität schlecht gemacht und zudem so als nur von einer Minderheit gewollt hingestellt werden. Denn die ca. 30% FPÖ-Wähler entsprechen bei einer Wahlbeteiligung von 75% etwa 22,5% der (wahlberechtigten) Bevölkerung also in Wirklichkeit noch weniger. Doch in der Gesamtbevölkerung liegt die Zustimmung zur Neutralität bei bis zu 90%!

### **ÖVP und NEOS:**

#### **Für NATO bzw. EU-Armee statt Neutralität**

Im gültigen Parteiprogramm der ÖVP aus 2015 wird die Neutralität nicht einmal mehr genannt, sondern die *„Weiterentwicklung hin zu einer Verteidigungsunion mit dem langfristigen Ziel einer gemeinsamen europäischen Armee“* (Seite 43). Ähnlich die NEOS, die in ihrem Programm 2019 für eine EU-Armee eintreten und Sky Shield als wichtigen Schritt zur EU-Verteidigungsunion sehen (APA, 2.7.2023).

Wobei wiederholt darauf hingewiesen werden muss, dass es die sogenannte „EU-Verteidigung“ oder die EU-Armee ohne NATO nicht gibt, nur mit der NATO durchgeführt wird – was man ja gerade auch bei Sky Shield sieht.

### **SPÖ:**

#### **Wo bleibt das Neutralitätsbekenntnis der Parteispitze?**

Und was ist die Haltung der SPÖ zu alledem? Zu Sky Shield würden ihr die genauen Informationen noch fehlen, um sich positionieren zu können, so die offizielle Ausrede, während Ministerin Tanner schon zwei Absichtserklärungen dazu unterschrieben hat. Allein was in den Medien berichtet wird, würde genügen, dieses Vorhaben in Hinsicht auf die Neutralität abzulehnen. **Alarmierend ist, dass das seitens der SPÖ nicht geschieht.**

**Ebenso alarmierend sind die neuen Töne der SPÖ-Parteispitze für eine EU-Armee, für die Aufhebung des EU-Einstimmigkeitsprinzip und für Kriegseinsätze auch ohne UNO-Mandat. Und kein Wort zur Neutralität.** Ein Zufall?

Hat sich die Ex-Parteichefin Pamela Rendi-Wagner noch zu Beginn des Ukrainekrieges wenigstens in Worten strikt für die Neutralität ausgesprochen, hört man seitdem nichts mehr dazu. Ihr Konkurrent um den SPÖ-Parteivorsitz, Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, hat zur Neutralität auch nichts gesagt, bzw. hat schon als Verteidigungsminister gegen die immerwährende Neutralität gearbeitet, usw. für eine „interessensgeleitete Neutralität“ im Rahmen der EU-Militarisierung (PESCO) und „EU-Globalstrategie“, mit der sich die EU weltweit „verteidigen“ will. Wie gerade in der Ukraine?.

**Und was meint der neue Parteivorsitzende Andreas Babler zu Krieg und Neutralität?**



In seiner Parteitagsrede am 3. Juni kommen die Worte Neutralität, Frieden oder Krieg, obwohl Krieg in der Ukraine herrscht, mit keinem Wort vor. Aber nur ein paar Tage später, erklärte er, dass

- Waffenlieferungen an die Ukraine „*richtig*“ seien (Krone, 11.6.2023)
- er einen Bundesheereinsatz in Kriegsgebieten der Ukraine zur Entminung nicht ausschließen wolle (Puls 24, 7.6.2023)
- die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips in der EU-Außen- und Sicherheitspolitik „*eine berechnete Frage*“ sei, gegen die er sich nicht positionieren wolle (Puls 24, 7.6.2023: <https://www.puls24.at/video/puls-24-newsroom-live/babler-zu-einer-oevp-koalition-und-entminungen-in-der-ukraine/v1a48rca01tn0>)
- man über eine EU-Armee, für die bisher offen nur die NEOS sind, „diskutieren sollte“ (Standard, 9.6.2023)
- Auslandseinsätze des Bundesheeres auch ohne UNO-Mandat erfolgen sollten: „*Ich glaube, es ist zu wenig, wenn man sich immer darauf zurückzieht, dass Einsätze nur mit UN-Mandat möglich sind*“ (Standard, 9.6.2023)

**Das ist ein Schlag ins Gesicht all jener Menschen, die der SPÖ wegen ihrer vorgeblichen Friedens- und Neutralitätspolitik die Treue halten oder jetzt neu beigetreten sind.** In der Hoffnung auf NEOS, Grüne oder auch ÖVP als Koalitionspartner, die alle mehr oder weniger für die EU/NATO-Militär- und Aufrüstungspolitik sind, ist auch der neue SP-Chef bereit, Österreichs Neutralität aufzugeben und Österreich und seine Menschen Kriegstreibern auszuliefern.

Diese Ansagen Bablers sind ungeheuerlich. Eine Aufhebung des Einstimmigkeitsprinzips in der EU macht es möglich, dass noch mehr über die Interessen Österreichs und auch über seine Neutralität hinweg entschieden werden könnte. Es gäbe nicht einmal mehr die „konstruktive Enthaltung“, bei der wir zwar zahlen, indirekt also mitmachen, aber nicht in den Krieg ziehen müssen. Folgerichtig tritt Babler für eine EU-Armee, die es ohne NATO nicht gibt, und EU-Einsätze auch ohne UNO-Mandat ein. Und was bedeutet das? Völkerrechtswidrige Angriffskriege wie die USA schon in Jugoslawien, Irak, Afghanistan, Irak, usw. geführt oder jetzt Russland gegen die Ukraine führt, soll künftig auch die EU machen dürfen. Bei Aufhebung des EU-Einstimmigkeitsprinzips soll dann auch Österreich dabei mitmarschieren.

### **Alle „Volksvertreter“ gegen die Bevölkerung**

Man sieht also, **ALLE** „Volksvertreter“ treten die in der Verfassung verankerte und verpflichtende immerwährende Neutralität Österreichs und damit die Sicherheitsinteressen der österreichischen Bevölkerung mit Füßen! Das dürfen wir nicht

hinnehmen – um unser selbst und unserer Kinder willen!

**Es ist mehr denn je so: Eine Teilnahme an Sky Shield untergräbt die immerwährende Neutralität und damit die Sicherheit Österreichs.**

**Daher: Nein zur Sky Shield-Teilnahme. Ja zur Neutralität – Nein zum Mitmachen bei Aufrüstung von EU/USA/NATO- und Militarisierung oder gar Kriegsteilnahme!**

***wer von uns werden  
die toten sein welche  
häuser und wichtigen  
gebäude wie viele  
straßen und brücken  
zerstört wieviele teile  
des staatsgebietes  
verminkt auf hunderte  
von jahren tödliche zu-  
kunft waffen waffen  
krieg krieg töten töten  
feindschaft feindschaft  
milliarden vepufft ganze  
landstriche entvölkert  
das kriegsungeheuer  
frisst alle ideale auf und  
gebiert tödlichen hass  
unsere herrschenden  
haben uns in sky shield  
und nato (klein geschrie-  
ben) gezwungen tödliche  
enttäuschung ein fehltritt  
nie mehr zurück jetzt  
nützt keine reue mehr  
vertan die chance in frie-  
den zu leben unglück und  
tod statt leben in frieden  
endlose traurigkeit einge-  
brannt in zerfetzte haut  
wo bleiben die blumen  
die gelassenheit die bäu-  
me die gärten wo bleibt  
die liebe die solidarität  
der wecker klingelt ich  
erwache aus dem alb-  
traum wir sind geachtet  
als friedenshort ein neu-  
trales land ohne kriegs-  
hysterie dem leben zuge-  
wandt immerwährend***

# Klimaschädliche Investitionen

In einer Studie des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft im Auftrag von Greenpeace (November 2020) wurden zehn besonders klimaschädliche Subventionen in Deutschland untersucht deren Subventionsabbau den Klimaschutz voranbringen und das Budget Deutschlands entlasten würde.

## Die 10 zehn klimaschädlichen Subventionen:

- 1) Energiesteuerbefreiung Kerosin
- 2) Strompreisausnahmen Industrie
- 3) Energiesteuerbegünstigung für die Stromerzeugung
- 4) Entfernungspauschale
- 5) Mehrwertsteuerbefreiung internationale Flüge
- 6) Reduzierter Mehrwertsteuersatz auf tierische Produkte
- 7) Energiesteuervergünstigung Diesel (Dieselprivileg)
- 8) Steuervorteile Dienstwagen (Dienstwagenprivileg)
- 9) Energiesteuervergünstigungen Industrie
- 10) Steuerbegünstigung Agrardiesel

## Zusammenfassung:

**Der Abbau dieser zehn Subventionen hat ein Einnahmepotenzial von anfänglich 46 Mrd. Euro pro Jahr (ohne Lenkungswirkung) und kann Emissionen in Höhe von fast 100 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalent (CO<sub>2</sub>e) pro Jahr einsparen.**

**Zum Vergleich: Dies entspricht in etwa den jährlichen CO<sub>2</sub>e-Emissionen des gesamten Pkw-Verkehrs in Deutschland (96 Mio. t CO<sub>2</sub>e).**

Die Ergebnisse zeigen bereits sehr deutlich, wie relevant der Subventionsabbau für das Erreichen der Klimaschutzziele ist. Selbst bei Umsetzung aller Maßnahmen des Klimaschutzprogramms 2030 fehlen voraussichtlich weitere 71 Mio. t CO<sub>2</sub>e zum Erreichen der Klimaziele 2030. Der Abbau der klimaschädlichen Subventionen könnte einen wesentlichen Betrag dazu leisten. Bei dem folgenden Ranking geht es um den Vergleich und eine „Reihenfolge der Dringlichkeit“, erklärtes Ziel bleibt aber der schnellstmögliche Abbau aller umweltschädlichen Subventionen.

Die ersten drei Subventionen sind auch die drei schädlichsten:

- 1) **Energiesteuerbefreiung Kerosin**
- 2) **Strompreisausnahmen Industrie**
- 3) **Energiesteuerbegünstigung für die Stromerzeugung**

Diese drei Subventionen (alle für die Wirtschaft) machen allein 24 Milliarden aus, also mehr als die Hälfte der Gesamtsubventionen, d.h. mögliche Einsparung von mehr als der Hälfte des CO<sub>2</sub>-Äquivalents.

**Zusammengefasst kommt der Hauptteil der Subventionen denen, die das Geld haben zugute – und nicht denen, die er bräuchten.**

---

alles zitiert aus der Studie:

[https://www.greenpeace.de/publikationen/2020-11-11\\_greenpeace-studie\\_10\\_klimaschaedliche\\_subventionen\\_im\\_fokus.pdf](https://www.greenpeace.de/publikationen/2020-11-11_greenpeace-studie_10_klimaschaedliche_subventionen_im_fokus.pdf)

## Fukushima

# 180-fach strahlenbelasteter Speisefisch gefangen

**Im Mai gefangener Felsenbarsch weist einen 180-fach überhöhten Cäsium-137-Wert auf. Trotzdem darf TEPCO verseuchtes Kühlwasser im Meer entsorgen.**



In der Nähe des havarierten Atommeilers im japanischen Fukushima wurde ein hochkontaminierter Schwarzer Felsenbarsch (Sebastes melanops) gefangen. Er wies eine Cäsium-137-Konzentration von 18.000 Becquerel pro

Kilogramm auf. Diese Verseuchung übersteigt den in Japan zulässigen Grenzwert von 100 Becquerel pro Kilogramm um das 180-fache. Bereits am 18. Mai ist der Fisch ins Netz gegangen. Bekannt geworden ist dieses horrende Ergebnis erst jetzt durch einen Bericht des britischen Gurdian.“ (Guardian, 24.7.2023;

<https://www.theguardian.com/environment/2023/jul/24/fukushima-fish-with-180-times-legal-limit-of-radioactive-caesium-fuels-water-release-fears>

# Ukrainekrieg und ÖGB

In der Ukraine findet ein Stellvertreterkrieg statt. Wir sind solidarisch mit der ukrainischen und der russischen Bevölkerung aber nicht mit deren Regierungen. Wir lehnen den Krieg Russlands gegen die Ukraine entschieden ab! Dieser Krieg, der unsägliches Leid, Verletzte, Tote und Zerstörung verursacht, ist sofort zu stoppen.

**Doch wie verhält sich der ÖGB, wenn gegen den Krieg und für einen sofortigen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen eingetreten wird?**

**Stellungnahme und Presseaussendung** der „Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg“ **zur Stornierung des ÖGB-Saales für die Friedenskonferenz vom 9. bis 11.6.2023 durch die ÖGB-Führung.**

Wir haben die Friedenskonferenz zwar nicht unterstützt, verurteilen aber massiv die Vorgangsweise des ÖGB, einen zugesagten Veranstaltungsort zwei Tage vor Beginn auf Intervention ukrainischer Vertreter in Österreich zu stornieren. Leider spielte schon im Aufruf zur Konferenz und dann auf der Konferenz die Bedeutung und Wichtigkeit der Neutralität Österreichs, einer wirklichen, aktiven und engagierten Neutralitätspolitik gegen den Ukrainekrieg, als Beitrag nicht nur zur Sicherheit Österreichs, sondern auch für den internationalen Frieden keine Rolle, außer dass der Tagungsort Wien im (noch) neutralen Österreich liegt. Weil im Aufruf nicht nur Russland verurteilt, sondern auch die Rolle des Westens (NATO) vor dem Krieg angesprochen wurde und Friedensverhandlungen verlangt wurden, haben Medien davor massiv gegen die Konferenz Stimmung gemacht. Der ÖGB hat diesem Druck nachgegeben und auf Druck offizieller Stellen der Ukraine die Raumnutzung storniert. Die Konferenz fand kurzfristig woanders statt.

Das Kesseltreiben hatte aber die Auswirkung, dass in der Schlussklärung der Konferenz die Mitverantwortung des Westens (NATO) von einem kleinen Redaktionskomitee nicht mehr aufgenommen wurde. Angeblich laut der im Redaktionskomitee vertretenen Organisation Transform auch deshalb, weil sonst Teilnehmer:innen italienischer Organisationen, die im NATO-Land Italien tätig sind, dann dort Schwierigkeiten bekommen hätten können (!?) Wenn dem wirklich so ist, dann dürfte in keinem Land mit Militärbündnissen Friedens- und Antikriegsarbeit geleistet werden. Welche Rolle spielt

dabei und wie finanziert sich eigentlich Transform? Die Abschwächung der Schlussklärung entsprach aber nicht den Diskussionen und der Stimmung auf der Konferenz wie von Teilnehmer:innen berichtet wurde. Damit gaben die Konferenzleitenden politisch dem Druck nach und blieb politisch hinter den eigenen Ansprüchen und dem Wunsch der Teilnehmer:innen zurück. Eine von der Neutralität Österreichs ausgehende und aufgesetzte Konferenz mit der Neutralität als Beispiel, Beitrag und Möglichkeit für Frieden und Sicherheit in der Ukraine und Kriegstreiber in Ost und West hätte es dem ÖGB schwerer gemacht, den zugesagten ÖGB-Veranstaltungsort zu stornieren und seine unrühmliche Rolle noch klarer entlarvt.

Nachfolgend:

**Protestschreiben der „Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg“ vom 7.6.2023 zur Stornierung von zugesagten ÖGB-Räumlichkeiten für eine Friedenskonferenz durch den ÖGB. \***

Liebe Kolleg:innen,

*das ist ungeheuerlich – und Absicht – zwei Tage vor einer Veranstaltung abzusagen. Der ÖGB befleckt sich einmal mehr – wie schon seinerzeit bei der Atomenergie ... Wir verurteilen entschieden den völkerrechtswidrigen Krieg Russlands gegen die Ukraine. Wir haben das vom ersten Tag an klar gemacht. Wir sind gemeinsam mit vielen Antikriegs- und Friedensgruppen am 13. März 2022 entschieden gegen diesen Krieg und gegen die Kriegstreiber in Ost und West öffentlich auf die Straße gegangen und haben dazu auch den ÖGB eingeladen. Der ÖGB nahm nicht teil.*

*Und seitdem haben wir weiter immer wieder, etwa am 1. Mai 2023 protestiert. Schon im Sommer 2022 haben wir einen Aufruf "Unsere Neutralität - unsere Sicherheit" gestartet und auch den ÖGB zur Unterstützung eingeladen. Der ÖGB trat dem – im Gegensatz zu zahlreichen Betriebsrät:innen – nicht nahe. Wer nicht nach Frieden sucht oder nicht einmal Friedenssuche auf einer Konferenz im neutralen Österreich zulässt und einen seit langem zugesagten Saal zwei Tage vor Veranstaltungsbeginn absagt, tritt alle demokratischen Spielregeln und die eigenen Statuten mit Füßen.*

*Der ÖGB hat in den Statuten stehen, dass er sich für Frieden und Neutralität einsetzt – was hier geschieht ist das gerade Gegenteil. Natürlich muss der ÖGB niemanden einen Saal überlassen. Aber die konkreten Umstände sind offensichtlich interessengetrieben.*

Wer heute nicht alle Kriegstreiber in Ost u n d West beim Namen nennt und entschieden verurteilt, und so den Frieden sucht, ist auch nicht mit der Forderung „Die Preise runter“ glaubhaft. Denn was treibt die Preise? Profitgier, Kriegsgier in Ost u n d West.

Wer profitiert von einem noch längeren Krieg?

Auch die österreichische Rüstungsindustrie stellt sich schon bei den diversen Rüstungstöpfen der EU an.\*\*

Dagegen sagen die ÖGB-Spitzen nichts?

90% der Menschen in Österreich sind für die Neutralität, 70% sind – nach einer Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik – für eine Beendigung des Krieges und für Waffenstillstands- bzw. Friedensverhandlungen in der Ukraine.

Und der ÖGB – steht abseits – oder auf der anderen Seite. Steht der ÖGB noch auf der Seite der arbeitenden Menschen?

Die Aktienkurse steigen, die Menschen sterben in der Ukraine für den Stellvertreterkrieg USA/NATO/EU – Russland. Und auch bei uns zahlen die Menschen dafür.

Als immerwährend neutraler Staat sollten wir die Kriegsursachen aufzeigen und bekämpfen und auf Frieden hinarbeiten – der ÖGB zuvorderst!

---

**\* Nachtrag I:**

Der ÖGB gab in seinem „Begründungsschreiben“ für die Stornierung ganz offen zu, dass die Absage auf Druck ukrainischer Vertreter erfolgte: „Jetzt sind mehrere Vertreter:innen des unschuldig im Krieg befindlichen Landes an uns herantreten und haben uns gebeten, unsere Unterstützung für Ihre Veranstaltung zurückzuziehen.“

Wie man hört, will der ÖGB nun den Konferenz-Veranstaltern angeblich noch offene Kosten abgelten. Das heißt: Zuerst heult die ÖGB-Spitze machtpolitisch mit den Wölfen mit, mit dem Medien- und Polit-Mainstream und jenen, die den Krieg um jeden Preis weiterführen wollen. „Friedenspolitisch“ hat die ÖGB-Spitze und der Druck von Medien und Ukraine-Botschaft erreicht, dass die Konferenz eine zahnlose Schlusserklärung abgegeben hat. Will sich die ÖGB-Spitze nun im Nachhinein über Geldzahlungen die Konferenzorganisator:innen bei der Stange halten und so ihren Einfluss auf Inhalte aufrechterhalten?

**\*\* Nachtrag II:**

Auch gibt es vom ÖGB kein einzig kritisches Wort zur geplanten Teilnahme Österreichs an Deutschland/EU/NATO-Raketenschild „Sky Shield“ (siehe dazu einen eigenen Beitrag). Schweigen bedeutet Zustimmung.

**Meererwärmung  
35 grad sommer  
gletscherschmelze  
küstenregionen  
gehen unter gebären  
flüchtlingswellen  
verlorene heimat  
starkregen gewitter  
überschwemmungen  
vermurungen hang-  
rutschungen zerstörte  
häuser artensterben  
waldbrände wassernot  
hitzetote toter aralsee  
tote seelen verhärtet  
wir sehen es nicht  
wir leben noch gut die  
Katastrophen sind weit  
weg einige opfer las-  
sen sich nicht vermei-  
den wer überleben will  
muss hart sein der  
profit lebt ebnet uns  
die straße in den unter-  
gang immer noch sind  
standortfragen für die  
wirtschaft wichtiger als  
gedanken für notwen-  
dige veränderungen  
reduktionen weniger zu  
produzieren später  
jetzt wollen wir leben  
aber unsere mutter erde  
liegt im koma wiederbe-  
lebungsversuche über-  
lebensnotwendig die  
anderen sollen sich  
zuerst ändern wir fangen  
nicht an wir sind nur ein  
kleiner teil des unter-  
gangs wir wollen unser  
leben leben wir wollen  
unser leben nicht aufge-  
ben wir wollen unsere  
gewohnheiten leben  
leben leben leben leben  
lebendig untergehen**

**Der Ausweg aus dem Schlamassel? Umfangreicher Ausbau von Öffis Bus und Bahn Reaktivierung stillgelegter Bahnlinien Reduktion des Autoverkehrs um 75 % nur lebenswichtige Ausfahrten abgelegene Siedlungen ins Busliensystem integrieren jedenfalls kein weiterer Ausbau fußläufige Erreichbarkeit von Sozialeinrichtungen Geschäften Ärzten = gleich Umbau der gesamten Siedlungsstruktur Demontage aller SUV's und Elektroautos gegen eine Prämie Rückbau von Straßen und Autobahnen Einstellung privater Flugreisen keine LKW-Transporte alle Güter auf Schiene keine neuen Betriebe ohne Bahnanschluss Auflösung der Großkonzerne Errichtung dezentraler Produktionsstätten = verkürzte Anfahrt der Dienstnehmer = verkürzte Arbeitszeiten = Gewinn von Lebensqualität weg von der Profitschiene Betriebe in Verantwortung der arbeitenden Menschen Achtung statt Verachtung andere Meinungen und Menschen Friedensprogramme Internationale Abkommen Beendigung aller Kriege Demilitarisierung Auflösung der Heere**

**Ein Ausweg**

# Lieferung von Uranmunition an die Ukraine

## Abgereichertes Uran – ein Generationen übergreifendes Verbrechen!

Schon in unserer Ausgabe im „Dezember 2012“ haben wir recht ausführlich über die Folgen des Einsatzes von abgereichertem Uran (DU-Munition) in Munition gegen Panzer oder zur Durchbrechung der Betonarmierung von Bunkern berichtet. Trifft ein DU-Geschoss auf ein Ziel, wandelt sich die Bewegungsenergie des Geschosses zum überwiegenden Teil in Wärmeenergie und Temperaturen bis zu 6.000°C werden erreicht. Die entstehenden Temperaturen und Kräfte sind so hoch, dass das Geschoss schmilzt und zum Teil zu kleinsten Partikel zerstäubt wird. Durch das Schmelzen, Zerstäuben und Entzünden des Urans entstehen Uranpartikel von Uranoxiden, die gemeinsam mit anderen Bestandteilen der Geschosse und der zerstörten Ziele als Schwebeteilchen (Aerosole) und Stäube, oft in der Form von Keramiken oder Emaille in Nanopartikelgröße (0,1-100 Nanometer) in die Umgebungsluft gelangen.

## Warum ist abgereichertes Uran gesundheitsschädlich?

Es wirkt sowohl chemotoxisch als auch radiotoxisch. Das heißt, nicht nur die bei Schwermetallen vorhandene Giftigkeit für Organe wie Lunge, Leber, Niere oder das Nervensystem tritt auf, sondern durch Eingang in die Genetik wird auch eine Veränderung des Erbgutes verursacht, was Krebserkrankungen und Schäden bei den Nachkommen hervorruft. Die beim Einsatz von DU Munition entstehenden Nanopartikel, die als Schwebeteilchen und Stäube die Umgebungsluft belasten, werden mit dem Wind auch weit verbreitet und immer wieder aufgewirbelt. Sie sind damit immer aufs Neue lebensgefährlich (Uranpartikel aus dem Golfkrieg wurden sogar noch in Großbritannien nachgewiesen).

## Atomstaaten und die Atomindustrie verhindern die Ächtung dieser Waffen!

Eine von der Blockfreien-Bewegung eingebrachte UN-Resolution (A/C.1/67/L.16; 5.11.2012) in der „erhöhte Vorsichtsmaßnahmen beim Einsatz von Uranmunition verlangt wurden, mit 138 Staaten dafür, stieß auf erbitterten Widerstand von Israel, USA Großbritannien und Frankreich, die dagegen stimmten. Obwohl internationale Gerichtsverfahren anhängig sind und italienische Witwen von NATO-Soldaten schon Entschädigungen erstritten haben, werden wie bei allen Atomdebatten die Gefahren verharmlost und die Gegner dieser Munition mundtot gemacht.

Jetzt, nach mehr als 20 Jahren hat sich nichts an der dramatischen Einschätzung dieser Waffen geändert. Aber mit der nunmehrigen Renaissance der Atomenergie sind die Lager mit abgereichertem Uran noch praller gefüllt und in einem „radioaktiven Schrottsstaat“ wie der Ukraine kann das ganz besonders im „russischen Teil“ (Ostukraine) ohne Rücksicht auf die Bevölkerung ebenso wie die Streumunition skrupellos kriegstechnisch eingesetzt werden.

*Tiefere Information zu den Folgen dieser Munition kann man auf YouTube Filmen wie „Deadly Dust -Todesstaub“ von Frieder Wagner oder dem folgenden Link entnehmen:*

<https://duckduckgo.com/?q=uranmunition+auswirkung&atb=v378-1&pn=1&iax=videos&ia=videos&iai=https%3A%2F%2Fwww.youtube.com%2Fwatch%3Fv%3DZ1Klvm7avS0>

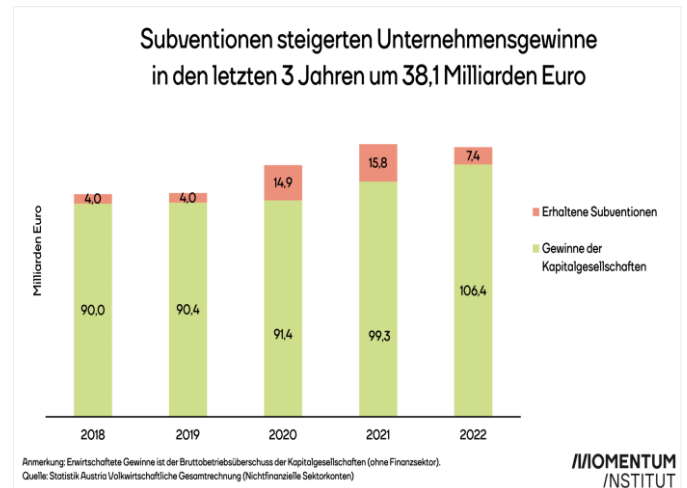
# KV-Verhandlungen 2023: Klassenkampf von oben

Im Vorfeld der diesjährigen KV-Runde wurde bezüglich der Lage der Industrie von „Sommerhoch und Winterdepression“ geschrieben. Das will den Menschen vorgaukeln, dass sie sich trotz der außerordentlich hohen Gewinne der Industrie nicht zu viel erwarten sollen. Um den Alarmismus zu verstärken sprachen die „Experten“ von IHS und WIFO sowie die ganz offen von der Industrie finanzierten Institute wie Agenda oder Eco Austria von der Notwendigkeit längerer KV-Laufzeiten, „moderater“ Erhöhungen oder dass Einmalzahlungen noch besser seien. Zudem solle der Staat den Betrieben die Lohnnebenkosten senken, z.B. die SV-Beiträge verringern usw.

ÖGB und Einzelgewerkschaften haben das sogleich entschieden als „No-Go“ abgelehnt. Was sonst! Denn klar ist, dass die Gewinne der Konzerne und nicht die Löhne, die sowieso erst ein Jahr im Nachhinein angepasst werden, die Inflation treiben. Zudem nehmen die Unternehmer die von ihrem Profitstreben getriebene Inflation sofort zum Anlass, die Preise weiter hochzutreiben. Und wir arbeitenden Menschen sollen warten bis zum Nimmerleinstag? Nein! Die Konzerne nagen nicht am Hungertuch, im Gegenteil. Sie machen Gewinne, holen sich staatliche Förderungen und bleiben Sozialabgaben schuldig.

Hier einige Beispiele:

- Eine Milliarde Euro Schulden haben die Unternehmen bei der Sozialversicherung (Kurier, 21.04.2021).
- Rund 8 Milliarden Euro Steuerschulden hatten Österreichs Unternehmen Ende 2018 beim Staat (ÖGB). Schon vor einigen Jahren stellte die OECD fest, dass den damals noch 28 Staaten der EU jährlich rund 1 Billion Euro (= 1.000 000 000 000) an Steuern durch Steuertricks der Unternehmen entgehen. Auf Österreich umgerechnet wären das bis zu 18 Milliarden Euro jährlich.
- 12 bis 15 Milliarden Euro würden sich laut einer AK-Vertreterin Unternehmen in Österreich durch diverse „Tricks“ „ersparen“ (ATV aktuell, 8.8.2023). Gemeint sind wohl Steuerlücken, Umgehungsmöglichkeiten oder Hinterziehung. *„Die Vielfalt der schädlichen Steuerpraktiken ist groß, nicht jede Handlung muss ungesetzlich sein. Doch auch wenn vieles legal sein mag, legitim ist es deswegen noch nicht. Unterscheiden lässt sich zwischen der legalen ‚Steuervermeidung‘ und der illegalen ‚Steuerhinterziehung‘. Die Grenzen zwischen den beiden Bereichen sind fließend“*, so die AK OÖ.  
[https://ooe.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/verteilungsgerechtigkeit/steuern/Steuerbetrug\\_bekaempfe.html](https://ooe.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/verteilungsgerechtigkeit/steuern/Steuerbetrug_bekaempfe.html)
- Um 38,1 Milliarden Euro haben staatliche Subventionen in den Jahren 2020 bis 2022 die Unternehmerrgewinne gesteigert!  
<https://www.momentum-institut.at/news/staatsdefizit-gewinnsubvention>



- Im Wert von 1,2 Milliarden Euro haben im Jahr 2022 die Betriebe den Arbeitnehmer:innen 47 Millionen Mehr- und Überstunden weder mit Geld noch mit Zeitausgleich abgegolten. „Das ist ein systematischer Lohnbetrug“, so die AK (7.4.2023). Der Schaden durch Eigentumskriminalität wie Einbruch oder Diebstahl betrug im Jahr 2021 im Vergleich dazu 383 Mio. Euro. Die Summe der vorenthaltenen Lohn- und Gehaltszahlungen ist mehr als dreifach so hoch, wie der Schaden von Eigentumsdelikten und Sozialleistungsmissbrauch. *„Während jedoch über zu Unrecht bezogene Sozialleistungen vielfach in den Medien berichtet und gegen die Delikte mit einer eigenen Task Force der Bundesregierung vorgegangen wird, bleiben unbezahlte Überstunden in Österreich ungestraft“*, so das Momentum-Institut.
- In der Tourismusbranche werden laut WIFO-Studie Saisonbeschäftigte beim AMS zwischengeparkt statt weiter beschäftigt – ein Schaden für die Allgemeinheit in Höhe von 400 bis 500 Millionen Euro jährlich:  
[https://ooe.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/arb\\_eitswelt/arbeitsmarktpolitik/Zwischenparken\\_von\\_Beschaeftigten\\_kostet\\_Millionen.html](https://ooe.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/arb_eitswelt/arbeitsmarktpolitik/Zwischenparken_von_Beschaeftigten_kostet_Millionen.html)
- Die Gewinne der Energiekonzerne werden gesichert, statt Energiepreise gesenkt.
- Gewinne der Lebensmittelkonzerne werden gesichert statt Lebensmittelpreise gesenkt.
- Gewinne der Banken werden gesichert, statt Bankkredite gesenkt und Sparzinsen erhöht.
- Gewinne der Immobilienbesitzer und Hausherrn werden gesichert statt Mieten gesenkt.

## Regierung: Heuchler am Werk

*„Der Sozialstaat ist dazu da, Menschen in Not zu unterstützen, und wir werden entschieden gegen diejenigen vorgehen, die versuchen, ihn auszunutzen und sich auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern“*, so Finanzminister Magnuss Brunner (BMF, 9.8.2023).

Der Minister, der sich freundlich und verständnisvoll gibt, alles einmal „anschauen“ will, ist auf einem Auge blind. Wenn es um die arbeitenden Menschen geht, machen er und die Regierung rücksichtslose Politik für

Unternehmer, Banken und Konzerne auf Kosten der Allgemeinheit.

### Preise runter: Protest gegen Teuerung



Quelle: PRO-GE, ÖGB

Am 20. September haben die Gewerkschaften als Auftakt vor den KV-Verhandlungen eine Menschenkette um das Parlament gegen die Teuerung mit tausenden Teilnehmer:innen durchgeführt.

### Welche Taten folgen den Worten der Gewerkschaftsspitzen bei den KV-Verhandlungen?

9,6 % ist die „rollierende Inflation“, also die Inflation von September 2022 auf September 2023. Noch einen Tag vor Forderungsübergabe an die Industrie am 25. September hat der PRO-GE-Vorsitzende Reinhold Binder in der ZIB 2 richtig gesagt, dass allein die Mieten um 20% und die Lebensmittelpreise um 25% gestiegen sind. Und jetzt? Jetzt haben die Gewerkschaften PRO-GE und GPA beim Start der „Metallerlohnrunde“ 11,6% gefordert.



**Das soll genug sein?** Wenn nicht, müssen wir selbständig und gemeinsam aktiv werden, um die Gewerkschaftsspitzen zum Handeln im Interesse der Mitglieder und der arbeitenden Menschen zu bringen.

## Im Windschatten der Klimakatastrophe

### Die Atommafia wittert Morgenluft für ihr todbringendes Geschäft

Mit der Lügenpropaganda, dass zukünftig mit intelligenten und sicheren Mini-AKW, sogenannten „kleinen modularen Reaktoren“ (Small Modular Reactors, SMRs) „Klimaneutralität“ erreicht werden könne, will die Atommafia ihr Atomgeschäft auf Kosten unserer Gesundheit und unseres Lebens wieder ankurbeln.

#### Italien will zurück zu Atom

So tritt der stv. Premier Matteo Salvini für den Neubau von AKWs, insbesondere von SMRs, ein und die italienische Regierungschefin Giorgia Meloni will innerhalb von sieben Monaten einen Plan für die Rückkehr zur Atomnutzung in Italien vorlegen. Doch Italien schaltete infolge des Super-GAU des AKW Tschernobyl 1990 seine letzten beiden AKWs ab, nachdem das Volk 1987 mit mehr als 80% gegen Atomstrom gestimmt hatte. Als dann der frühere Premier Berlusconi trotzdem einen Atom-Wiedereinstieg propagierte, stimmte das Volk 2011 abermals, diesmal sogar 94,5%, gegen AKWs.

#### Tschechien für weiteren AKW-Ausbau

Der tschechische Präsident und frühere NATO-General Petr Pavel will einen weiteren Ausbau der Atomenergie – ebenfalls mit SMRs, usw. am Standort Temelin mit einer Leistung von bis zu 300 Megawatt umsetzen, der erste SMR soll 2032 in Betrieb gehen. So klein sind die aber nicht. So hat schon jetzt einer der vier Reaktoren des AKW Dukovany eine Leistung von ca. 440 MW.

#### EU-Klimakommissar für Kernenergie

Der neue EU-Klimakommissar Maros Sefcovic lässt die Katze aus dem Sack worum es geht: ums tödliche Atomgeschäft. Sefcovic betätigt sich ungehört ganz offen als Sprecher der Atomindustrie und sagte am Rande der UNO-Generalversammlung in New York laut „Welt“ worum es wirklich geht:

*Es gebe großes wirtschaftliches Interesse an der Entwicklung kleiner Reaktoren, die seiner Meinung nach eine Option für die Zukunft seien.*

#### Slowenien will das Erdbeben-AKW in Krsko enorm ausbauen

Klotzen statt kleckern will Slowenien. Von SMRs hält Slowenien vorerst nichts. Am nahe zur österreichischen Grenze gelegenen AKW-Standort Krsko soll beim dort neu geplanten AKW die Kapazität der bisher vorgesehenen 1.100 Megawatt verdoppelt werden. Zudem wird der Bau von zwei weiteren Reaktorblöcken erwägt. Dabei liegt Krsko auf einer Erdbebenlinie und war erst vor Kurzem von einem Erdbeben betroffen.

Wenn unsere Politiker jetzt dagegen vehement protestieren und mit „allen rechtlichen Schritten“ drohen, dann ist das reine Schaumschlägerei, wenn sie nichts dazu unternehmen, dass Österreich selbst endlich aus EURATOM und der IAEA, beides Agenturen der Atommafia, austreten.

#### Atomkomzerne gefährden für ihre Profite unser aller Gesundheit und Leben

- **AKWs sind kein Ausweg aus der Klimakatastrophe, SMRs ein tödlicher Verkaufsschmäh der Atommafia.**
- **Das wirtschaftliche Interesse der Atomkomzerne geht mit dem militärischen Interesse der Rüstungsindustrie zur Gewinnung von waffenfähigem Plutonium in AKWs für Atomwaffen einher. Deshalb das Beharren auf AKWs. AKWs und Atombomben sind siamesische Zwillinge.**

Mehr dazu unter: AKWs sind kein Ausweg aus der Klimakatastrophe, Aufruf: [www.atomgegner.at/wp-content/uploads/2022/02/AUFRUF\\_FB\\_17-2-22\\_endf.pdf](http://www.atomgegner.at/wp-content/uploads/2022/02/AUFRUF_FB_17-2-22_endf.pdf)

**Do., 26. Oktober 2023**

Helft mit! Setzen wir ein  
Zeichen für die Neutralität!

**ab 10.00 Uhr**

# TAG DER NEUTRALITÄT

**Neutralität statt Kriegshetze  
und Kriegsteilnahme!**

Aktionstag: Kundgebung und  
Flugblattverteilung ab 10.00Uhr,

**Treffpunkt:** 1010 Wien, Nähe  
Burgring 6, vor dem Eingang  
Volksgarten zum Heldenplatz,  
zwischen Radweg und  
Fahrbahn/Straße/Ring

Anfragen und Anmeldung bitte an:  
[ggae@gmx.at](mailto:ggae@gmx.at)

\*

**Di., 10. Oktober 2023, 19.00 Uhr**

## Österreichs Neutralität auf dem Prüfstand

**Referat:** Wilfried Leisch: *Gewerkschafter:innen  
gegen Atomenergie und Krieg;*  
Manfred Sauer: *Zeitung betrifft Frieden*

**Ort:** Clubraum der Donau-City-Kirche;  
Donaucitystr. 2, 1220 Wien (U1 Kaisermühlen,  
VIC) Pfarrzentrum (Zugang hinter der Busstation).

**Mo., 6. November 2023, ab 19.30 Uhr**

**Leser- und Aktivist:innen-Treffen**

Amerlinghaus, Raum 3, Stiftgasse 8, 1070 Wien

Österreichische Post AG  
**SM 20Z042140 S**  
Gewerkschafter gegen Atomenergie  
Stiftgasse 8, 1070 Wien

Datenschutzerklärung siehe:

[www.atomgegner.at/datenschutzerklaerung-impresum](http://www.atomgegner.at/datenschutzerklaerung-impresum)

**Di., 7. November 2023, 15.00 Uhr**



## EINLADUNG

Besuch der  
**Ausstellung:**

Die Zerstörung der  
Demokratie.  
Österreich, März  
1933 bis Februar  
1934.

**Treffpunkt:** 1010 Wien, Rathaus, Eingang  
Felderstraße, Stiege 6, **15.00 Uhr**

**Anmeldung** unter [ggae@gmx.at](mailto:ggae@gmx.at), Kennwort  
„Ausstellung“.



### **Liebe Kolleginnen und Kollegen!**

**Wir danken** für die Zusendungen und Spenden, die wir  
im Sinne unserer gemeinsamen Sache auch weiterhin  
benötigen! Auftreten gegen: Wirtschaftskrise, Krieg und  
Militarisierung, Atomrüstung, AKW-Bau und Klimawandel.  
Insbesondere durch unser Auftreten gegen den Krieg  
und für die Neutralität sind uns dieses Jahr zusätzliche  
Kosten entstanden. **Nur gemeinsam können wir eine  
bessere Zukunft erreichen.**

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion  
abhängig, ist unser Auftreten nur durch ehrenamtlichen  
Einsatz und durch Spenden unserer LeserInnen und  
AktivistInnen möglich! Alle, die unsere Auffassungen  
teilen, laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

*Mit kollegialen Grüßen*

„Gewerkschafter\*innen gegen Atomenergie und Krieg“

## Spendenkonto

bei der BAWAG P.S.K.

**IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650**

**BIC: BAWAATWW; Empfänger\*in:** Gewerkschafter  
gegen Atomenergie, **Verwendungszweck:** Spende

**Impressum:** Medieninhaber, Herausgeber, Druck und  
Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8,  
1070 Wien. ZVR 100322133

**Offenlegung** nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber  
(Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter  
gegen Atomenergie" ist zu 100 % der gleichnamige Verein,  
Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffel, H.  
Tschida